



## Warum Nichtwählen nichts nützt

VON CHRISTEL BECK

■ Immer wieder begegnen mir Menschen, die sagen: „Ich gehe nicht mehr zur Wahl“ oder „Ich habe seit Jahren nicht mehr gewählt, es nützt ja doch nichts“.

Ja. Ich kann dem zustimmen. Es sieht so aus, als bliebe trotz Neuwahlen alles beim Alten. Aber warum Nichtwählen was nützen soll, hat mir noch niemand plausibel erklärt. Bei der letzten Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung bei 76,6 Prozent, was eine leichte Erhöhung gegenüber der Bundestagswahl zuvor war. Der absolute Tiefststand war 2009 mit 70,8 Prozent. Selbst wenn ab sofort immer weniger Menschen zur Wahlurne gehen, wie viele Jahre werden vergehen, bis das unseren Politikern auffällt und sie ernsthaft hinterfragen, woran das wohl liegen mag?

Ist es nicht viel wahrscheinlicher, dass sie ein paar Krokodilstränen vergießen und sich dann in ihren neuen Ämtern einrichten werden? Völlig egal, ob ihr „Wahlsieg“ auf 70, 50 oder 30 Prozent Wahlbeteiligung beruht. Wie kann ich also ein Zeichen setzen oder gar eine Veränderung herbeiführen durch Nichtwählen? Es gibt keine Mindestbeteiligung, kein Quorum, das erfüllt sein muss, um eine Wahl gültig zu machen. Und wer glaubt, mit der Abgabe seiner

Stimme dem „System“ zu dienen, und mit seiner Wahlverweigerung das System schwächen zu können, irrt genauso.

Ich habe einen bösen Verdacht: Nichtwählen ist bequem! Erstens kann ich am Wahltag machen, was immer mir gerade einfällt: Ins Grüne fahren oder vor dem Bildschirm und bei Netflix hängen bleiben. Außerdem muss ich mich gar nicht erst darüber informieren, wer und was hier zur Wahl steht. Ich kann meine Hände in Unschuld waschen: „Ich habe diese bescheuerte Regierung nicht gewählt. Ich kann nix dafür.“ Oder: „Politik ist ein schmutziges Geschäft, ich halte mich da raus.“ Oder: „Ich mach’ mein privates Ding. Familie und Freunde, alles andere geht mich nichts an.“

Und was, wenn die Politik der Regierenden Ihre ganz persönliche Situation immer weiter zum Schlechteren verändert? Wenn Steuern und Abgaben Ihr Stückchen vom Kuchen immer kleiner werden lassen? Wenn Gesundheitsvorschriften eine „Impfung“ obligatorisch machen? Wenn die Abgasgrenzwerte für Ihren Kaminofen so streng werden, dass Sie ihn nicht mehr betreiben dürfen? Wenn die Wehrpflicht wieder eingeführt wird? Wenn die Regierenden einem anderen Land den Krieg erklären?

Aber wen soll man denn wählen? Ja, die etablierten Parteien haben in den letzten drei Jahre allen Kredit verspielt. Sie zu wählen, würde tatsächlich nur ein „weiter so“ bedeuten. Aber was ist mit einer kleinen Partei? Und dabei ist es fast egal welche. Jede kleine Partei nimmt den großen Stimmen weg – auch wenn sie nicht über die 5-Prozent-Hürde kommen sollte. Diese Stimmen können sich die Mächtigen nicht selbst zuschreiben oder behaupten, die Bürger hätten halt kein Interesse an Politik.

Ja, vielleicht macht es diese kleine Partei auch nicht besser, wenn sie irgendwann etwas zu sagen hat. Aber jetzt wäre es ein Zeichen, das „Nichtwähler“ setzen könnten, anstatt der Wahlverweigerung. Und ja, ich bin auch der Meinung, dass Parteien diesen Staat gekapert haben. Aber gekapert haben ihn vor allem die etablierten großen Parteien. Ihren grundgesetzlichen Auftrag „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ interpretieren sie übergriffig als „wir bestimmen die Meinung“. Argwöhnisch machen sie es kleinen und neugegründeten Parteien so schwer wie möglich. Grundsätzlich bin ich mit vielen Nichtwählern sogar einig, dass wir langfristig eine Demokratie ohne Parteien anstreben sollten, aber mit einer Persönlichkeitswahl, die uns die Abwahl derer ermöglicht, die ihre Versprechen nicht einhalten. Doch wer soll in unserer aktuellen Parteiendemokratie Veränderungen in diese Richtung anstoßen, wenn nicht eine Partei – und am besten eine, die sich Mitbestimmung und basisdemokratische Ziele auf die Fahnen geschrieben hat?

Wenn es gar nicht anders geht, wenn Sie keines dieser Argumente überzeugt, machen Sie Ihren Stimmzettel ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen lag bei der Bundestagswahl 2021 bei rund einem Prozent. Zu gerne würde ich die Erklärungsansätze von Scholz & Consorten hören, wenn dieser Anteil in den zweistelligen Bereich wachsen würde ...